

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1946

28 (7.11.1946)

Badische Volksstimme

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 1, Nr. 28

Mannheim, den 7. November 1946

Preis 10 Pfg.

Einheit Deutschlands!

Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom Juli 1945 legten fest, Deutschland als ein einheitliches, wirtschaftliches Ganzes zu betrachten. In seinem letzten Interview, das Stalin dem Vertreter von United Press gab, wurde darauf hingewiesen, daß die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands notwendig sei. Es wurde jedoch weiter in diesem Zusammenhang erklärt, daß die Voraussetzung für ein neues friedliches und demokratisches Deutschland die Vernichtung von Nationalsozialismus, Nationalismus und Militarismus sind. Es gibt in der Beurteilung der deutschen Frage zweifelloso Unterschiede in den Auffassungen zwischen Byrnes, Bevin, Bidault und Molotow. Es wäre aber ein Irrtum anzunehmen, daß die Alliierten sich nicht eines Tages über Deutschland einigen würden.

Wie sieht es aber bei uns selbst aus? Wir Kommunisten waren die einzigen seit den Tagen, da wir aus der Illegalität in die Legalität traten, die konsequent und kompromißlos die ungeteilte demokratische, antifaschistische Republik forderten. Die Einheit Deutschlands ist für uns keine Phrase und sie hat nichts mit Gefühlsromantik zu tun. Wir gehen vielmehr davon aus: Wenn unser Land den geschichtlichen Entwicklungsbedingungen folgt, und wenn es die alten Fehler nicht wiederholen will, dann muß die Arbeiterschaft im Bündnis mit den Handwerkern, den Bauern, den Kleingewerbetreibenden sowie den Geistesarbeitern die Trägerin des neuen Staates sein. Und das ist der Grund, warum wir uns mit aller Kraft gegen die Verewigung der Spaltung der Arbeiterklasse stemmen. Die Einheit Deutschlands muß untermauert sein, durch die politische Einheit der Arbeiterschaft. Es wird deshalb ganz klar, daß die Frage der zukünftigen Stellung Deutschlands nicht zu lösen ist, ohne die Klassenfrage zu sehen. Es ist für viele nicht angenehm zu hören, wenn wir von Klassen sprechen. Wir haben die Klassen nicht geschaffen und haben sie uns auch nicht gewünscht. Aber nur wer borniert und rückschrittlich denkt und wer noch mit der Ideologie der „Hitlerschen Volksgemeinschaft“ behaftet ist, leugnet das Vorhandensein von Klassen. Wir haben in Deutschland eine kapitalistische Klasse gehabt. Diese hat sich nach 1918 politisch durch die Weimarer Koalition repräsentieren lassen. Als dies nicht mehr möglich war, als die ökonomische Krise des Kapitalismus zu einer politischen wurde, da wurde der Nationalsozialismus zur politischen Vertretung des deutschen Monopolkapitalismus. Gewiß wurde dieser durch den Sturz des Hitlerregimes in seinen Grundfesten erschüttert, aber wo in der tausendjährigen Klassengeschichte der Menschen hat auch nur ein einziges Mal die herrschende Schicht freiwillig auf ihre Macht verzichtet? Das neue Deutschland darf aber nicht mehr mit seinen Totengräbern von gestern aufgebaut werden und deshalb sagen wir Kommunisten, daß die Arbeiterschaft die Trägerin des Aufbaues sein muß. Wir sehen, wie

heute die kapitalistischen Kreise versuchen, ihre alten Positionen wieder zu gewinnen und wie sie sich bemühen, bestimmte politische Parteien in ihre Pläne einzuspannen. Und warum sind sie gegen die ungeteilte deutsche Republik und für Föderalismus und Separatismus? Weil sie glauben, in einem gespaltenen und zerrissenen Deutschland leichter ihre alten Machtpositionen zurückzugewinnen.

Nachstehende Erklärung der CSU in Ingolstadt ist für diesen Gedankengang typisch: „Die Christlich-Soziale Union bekennt sich in unwandelbarer Treue zum bayerischen Volke und Staate . . . An der Spitze unseres staatspolitischen Denkens steht das eindeutige Bekenntnis zum bayerischen Staate und zur bayerischen Heimat. Ein Staatsgedanke, der sein äußeres Symbol in den Farben des Himmels, Weiß und Blau, findet.“ Oder lassen wir den bayerischen Ministerpräsidenten Högners sprechen. Er schreibt: „Auf Grund meiner Erfahrungen in der Schweiz trat ich für eine föderalistische Gliederung Deutschlands ein.“ Man macht uns Kommunisten den Vorwurf, wir wären nationalistisch geworden und es gibt Dumme, die darauf hereinfallen. Das Volk sollte jedoch erkennen, daß in diesen Vorwürfen gegen die Kommunistische Partei Methode liegt. Die kapitalistischen Drahtzieher stehen auch hinter den Schlagwörtern von der „Rettung des Abendlandes“ und der sogenannten „westlichen und östlichen Demokratie“. Was heißt „Christliches Abendland“? Haben wir das nicht lange genug gehabt? Und sind die Massen unter diesem Namen nicht lange genug unterdrückt und ausgebeutet worden? Jakob Kaiser, der Vorsitzende der CDU in der Sowjet-

zone schreibt: „Der Marxismus unterschätzt die Kraft des freien Willens der Persönlichkeit.“ Man fragt sich, wie es möglich ist, daß ein Mann, der Leiter einer demokratischen Partei sein will, die wirklichen Verhältnisse so auf den Kopf stellt. Wo konnte im kapitalistischen System der Arbeiter sich frei entwickeln? Wer hat denn die „Persönlichkeit“ unterdrückt? Wo sind die Herren vom „Christlichen Abendland“, die protestiert haben, daß die Arbeiter und Angestellten ihr ganzes Leben in der Treitmühle eines armseligen Lebens verkommen mußten? Wann haben sie sich je darüber entrüstet, daß der Arbeiter und der kleine Mann nicht die Hochschulen besuchen und an den geistigen und kulturellen Gütern des Volkes nicht teilnehmen konnten? Es geht heute wirklich nicht um Schlagworte, nicht um die „Rettung des Abendlandes, und andere Dinge, sondern um die klare Entscheidung, ob das Volk weiter kapitalistisch regiert und ausgebeutet werden will oder ob die arbeitende Bevölkerung ihre Lage erkennt und dem neuen Staate ihr Gesicht gibt.

Die kommenden Wahlen in Württemberg-Baden stehen auch unter diesem Blickfeld. Am 24. November wird nicht nur über die württembergisch-badische Verfassung entschieden, sondern in erster Linie auch darüber, ob die Einheitskräfte möglichst stark im Landtag vertreten sind oder nicht. Je mehr die Bevölkerung die Ziele der kommunistischen Partei unterstützt und ihre Stimme den von der kommunistischen Partei aufgestellten Kandidaten gibt, desto stärker wird die Front derjenigen sein, die für die Verwirklichung der demokratischen Republik eintreten.

Wer kommunistisch wählt, entscheidet sich für die Einheit Deutschlands und für die Einheit der deutschen Arbeiterklasse.

Dr. Rudolf Agricola,
Landtagskandidat der KPD.

Die große Lehre

Zum 9. November

Vor 28 Jahren, am 9. November 1918, brach in Deutschland nach dem völligen militärischen Zusammenbruch die Revolution aus. Die deutsche Arbeiterschaft, durch den 4. August 1914 gespalten und geschwächt, hatte nicht vermocht, durch eigene Kraft den Krieg zu beenden, nachdem die siegreiche soziale Revolution in Rußland die Möglichkeit dazu gegeben hatte.

Eine große Chance war dem deutschen Volke gegeben. Sie wurde nicht genutzt. Die siegreiche Durchführung einer Bewegung, die als wirkliche Revolution begonnen hatte, scheiterte an der verhängnisvollen Spaltung der Arbeiterbewegung und an dem Fehlen einer in den breiten Volksmassen verwurzelten zielklaren politischen Partei der Arbeiterschaft. Eine historische Situation wurde verpaßt. Die revolutionären Kämpfe, welche so verheißungsvoll eingesetzt hatten, blieben im Rahmen einer bürgerlich-demokratischen Revolution. Die Monarchie wurde beseitigt, und das werktätige Volk errang eine Reihe von wichtigen demokratischen Rechten und Freiheiten.

Jedoch die Novemberrevolution von 1918 wurde nicht konsequent zu Ende geführt. Die

Spaltung der Arbeiterklasse ermöglichte es den Feinden der jungen Demokratie, die ihren Händen entglittene politische Macht wieder an sich zu reißen und die weitere Entwicklung Deutschlands zu bestimmen. Die Weimarer Republik führte auf dem Wege einer Scheindemokratie wiederum zu Reaktion, Militarismus und Imperialismus. Das Bündnis Ebert-Hindenburg führte zum Bündnis Hindenburg-Hitler und endete mit der faschistischen Diktatur des Monopolkapitals und des Junkertums des Dritten Reiches.

Wenn wir 1918

Die Arbeiterschaft hat ernste Lehren aus dem Jahre 1918 und seinen Folgen zu ziehen. Im Interesse Deutschlands und im Interesse des Friedens der ganzen Welt wäre es gelegen, den reaktionären Militarismus völlig auszurotten. Jedoch der Kaiser ging, die Generale blieben! Sie wurden nicht als Kriegsverbrecher zur Verantwortung gezogen. Der kaiserliche General Gröner wurde nächster Berater des Reichspräsidenten, der reaktionäre kaiserliche Feldmarschall Hindenburg wurde sogar Präsident der Republik. Die wirtschaftliche Grundlage der reaktionären Militärkaste

gürten, um die durch den jüngsten Zusammenbruch
ausfall gelassenen Lücken zu füllen. Bleibt die
Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rück-
gang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein
Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs
normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben
geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr
1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen
und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.
Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den
Kampf gegen den Militarismus, in der er den
Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der
Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel
„Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

blieb unangetastet, die adeligen Junker konnten auf ihren Gütern Freikorps und schwarze Reichswehr organisieren. Der reaktionäre Militarismus wurde gerettet.

Auch die deutschen Imperialisten blieben 1918 unangetastet. Weder Krupp, noch Röchling, noch Vögler wurden abgeurteilt. Die Spitzenverbände der imperialistischen Scharfmacher, die am Kriege schuldigen Monoporganisationen, wurden in den republikanischen Staatsapparat eingebaut. Die deutschen Imperialisten fanden den Ausweg aus der Niederlage und richteten sich in der Republik häuslich ein. Der deutsche Imperialismus war gerettet.

Der wilhelminische Staatsapparat, ein Instrument zur Durchführung der imperialistischen Raubpolitik und zur Unterdrückung der Volksmassen, wurde von der Republik übernommen. Die reaktionären Diplomaten, Staatsanwälte, Richter und Schulräte, die ihr gerütteltes Maß Schuld am Kriege trugen, wurden nicht abgeurteilt und eingesperrt, sondern blieben in Amt und Würden und konnten die Republik offen verhöhnen. Demokratische Elemente, die das Volk an die Stelle reaktionärer Beamten gesetzt hatte, wurden wieder entlassen und durch die alten „Berufsbeamten“ und „Fachleute“ ersetzt. Der republikanische Staatsapparat diente nicht der Republik, sondern der imperialistischen Reaktion. Die Führer der revolutionären Arbeiterbewegung Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden ermordet, und die Justiz der Republik nahm die Mörder in Schutz. Das Gesetz zum Schutz der Republik erlaubte es, aufrechte Republikaner und Demokraten in die Gefängnisse und Zuchthäuser zu werfen, während reaktionäre Fememörder frei ausgingen. Der reaktionäre imperialistische Staatsapparat wurde nicht zerschlagen, sondern gerettet. Die junge und schwache republikanische Regierung Deutschlands hätte im Bündnis mit dem jungen sozialistischen Rußland eine starke Hilfe finden können. Begünstigt durch die Spaltung der Arbeiterklasse tat sie das nicht, sondern organisierte die reaktionären Baltikumtruppen zur Fortsetzung des Krieges gegen Sowjetrußland und ließ eine wüste antibolschewistische Hetze in immer breiterem Ausmaß um sich greifen, die es den deutschen Imperialisten ermöglichte, von den Kriegsschuldigen abzulenken und die Reaktion wieder in den Sattel zu heben. Durch die Antisowjethetze wurde die Reaktion gerettet und gestärkt und der Weg für Hitler geebnet.

Die Bewegung vom November 1918 war trotz all ihrer Fehler und Schwächen eine wirkliche Revolution, ein bürgerliche Revolution, die nicht zu Ende geführt wurde. Die verhängnisvollen Fehler des Jahres 1918 haben sich furchtbar am deutschen Volke gerächt.

Wiederum steht das deutsche Volk vor der Entscheidung, wie es seine Zukunft gestalten will. Die Lage ist unendlich schwerer als im Jahre 1918. In diesen Tagen des 7. und 9. November besinnt sich die Arbeiterschaft darauf, „daß sich die faschistische Pest in Deutschland nur ausbreiten konnte, weil 1918 die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher ungestraft blieben, weil nicht der Kampf um eine wirkliche Demokratie geführt wurde, weil die Weimarer Republik der Reaktion freies Spiel gewährte, weil die Antisowjethetze einiger demokratischer Führer Hitler den Weg ebnete, und die Ablehnung der antifaschistischen Einheitsfront die Kraft des Volkes lähmte.“

(Aufruf des ZK der KPD am 11. Juni 1945.) Angesichts der Gefahr einer Entwicklung, wie sie sich im Westen Deutschlands anzubahnen droht, erinnern sich die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter des Jahres 1918 und seiner Fehler. Weil Militarismus, Reaktion und Imperialismus damals nicht ausgerottet wurden, konnten sie sich aus der Niederlage retten, in der Weimarer Republik maßgebenden Einfluß erhalten und schließlich die faschistische Diktatur errichten und das deutsche Volk in die größte Katastrophe seiner Geschichte stürzen.

Aus alledem gilt es, die Lehren zu ziehen:

Einheit der demokratischen Volkskräfte. Nur die Einheit der demokratischen Volkskräfte vermag Reaktion und Imperialismus zu besiegen. Deshalb gilt es, die Zusammenarbeit der Arbeiterparteien, die Einheit der Arbeiterklasse zu sichern und alle antifaschistisch demokratischen Kräfte zu sammeln.

Bestrafung der Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher. Jede Milde ihnen gegenüber ist ein Verbrechen am Volke. Sie würden erneut den Versuch unternehmen, einen Raubkrieg anzuzetteln und unser Volk in noch größeres Unglück zu stürzen.

Liquidierung der imperialistischen Monopolverbände. Die Herren der Kartelle, Syndikate, Trusts, Konzerne tragen die Hauptschuld am Kriege. Sie haben ihre Raubpläne nicht aufgegeben. Nur ihre restlose Ausrottung kann einen neuen Krieg verhindern.

Beseitigung der imperialistischen Staatsbürokratie. Die reaktionären Bürokraten, welche nach 1918 die Republik unterhöhlten, Hitler den Weg ebneten und mit fliegenden Fahnen ins Nazilager übergingen, kommen heute wieder zum Vorschein. Sie sind Feinde des neuen Staates und müssen beseitigt werden.

Beseitigung des reaktionären Großgrundbesitzes. Die wirtschaftliche Grundlage der reaktionären Militärokaste und der reaktionären Staatsbürokratie, der adelige Großgrundbesitz, ist eine ewige Gefahrenquelle für unser Volk. Die reaktionären Junker müssen durch eine demokratische Bodenreform enteignet werden.

Aufbau einer wirklichen Demokratie. Die Arbeiterschaft hat gelernt, daß nicht

die äußerliche formal-demokratische Form entscheidend ist, sondern der reale demokratische Inhalt. Die neue demokratische Republik soll wahrhaft demokratisch sein, das heißt, das Volk soll sein Schicksal selbst gestalten und bestimmen. Demokratie nur für Demokraten, nicht aber für die Feinde des Volks! **Nie wieder Antisowjethetze.** Die Antisowjethetze stärkte die Reaktion, sie ebnete Hitler den Weg und stürzte unser Volk in Krieg und Niederlage. Der Wiederaufbau und der dafür nötige Frieden ist nur gesichert, wenn wir, sowie mit allen demokratischen Völkern, auch mit dem großen Sowjetvolke friedliche und freundschaftliche Beziehungen aufrecht erhalten.

Dies sind die Lehren, welche die deutsche Arbeiterschaft im Interesse des ganzen deutschen Volkes und der Welt aus der Novemberrevolution 1918 zieht, und daraus ergibt sich die Forderung:

„Keine Wiederholung der Fehler von 1918! Schluß mit der Spaltung des schaffenden Volkes! Keinerlei Nachsicht gegenüber dem Nazismus und der Reaktion! Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion; denn wo diese Hetze auftaucht, da erhebt die imperialistische Reaktion ihr Haupt!“

(Aufruf des ZK der KPD vom 11. 6. 1945.)

Geldabwertung?

Die Furcht vor einer neuen Inflation ver setzt die von täglichen Sorgen zur Genüge gequälte Bevölkerung immer wieder in einen Zustand der Unruhe und Unsicherheit. Menschen, deren Lebenselement das Chaos und die Panik ist, tun das ihre, um durch unkontrollierbare Gerüchte von der bevorstehenden Geldabwertung einen Zustand der Angst und der Ungewißheit zu schaffen, der ihr Bestreben erleichtert, eine von Sensationen hin- und hergerissene Bevölkerung irrezuführen und von der Arbeit am Aufbau eines neuen demokratischen Deutschland, durch die allein ein besseres Leben erreicht werden kann, abzulenken.

Zweifellos bedarf das deutsche Währungsproblem dringend einer Lösung. Deutsche und ausländische Stellen arbeiten Vorschläge über Vorschläge aus. Schlagworte wie „Geldüberhang“, „Notenabstempelung“, „Abwertung“, „Geldblockierung“ usw. sind an der Tagesordnung, und Gerüchte, die selbstverständlich immer auf „besten Informationen“ fußen, beunruhigen den kleinen Mann.

Die Beratungen der Alliierten sind im Gange, und es ist höchste Zeit, daß das Währungsproblem einer Lösung zugeführt wird. Die Bedeutung einer Ordnung unserer Zahlungsmittel für den Wiederaufbau Deutschlands ist unbestritten. Sie ist jedoch nicht die Kernfrage unseres Daseins. Geld und Finanzierung sind nicht das entscheidende Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaues. Die Wiedergesundung des deutschen Wirtschaftslebens ist nicht in erster Linie eine Frage der Finanzierung. Finanz- und Währungsreform sind nur ein Teil des Wiederaufbaus Deutschlands. Die Kardinalfrage unseres Daseins ist, ob und wie wir überhaupt am Leben bleiben können. Es ist die Frage unserer nationalen Existenz.

Die Kommunistische Partei lehnt eine einseitige Lösung des Währungsproblems auf Kosten des kleinen Mannes ab. Da jeder einzelne Angehörige unseres Volkes von dieser Frage entscheidend berührt wird, erwarten und fordern wir, daß auch die demokratischen Vertreter des Volkes entscheidend mitgehört werden und folgende grundlegenden Gesichtspunkte mit ins Spiel führen können:

1. Die Währungsreform kann nur nach sozialen Gesichtspunkten gelöst, und die Abschöpfung nach einem gestaffelten Verfahren vorgenommen werden. Die Sparpfennige der breiten Massen müssen bis zu

einem angemessenen Betrag von der Abschöpfung ausgenommen werden.

2. Vermögen der Sachwertbesitzer, die als reine Geldanlage anzusehen sind, müssen rücksichtslos eingezogen und dem Kriegsschädenausgleichsfond zugeführt werden.

3. Alle Gewinne, die im Verlauf der Hitlerischen Aufrüstung und im Laufe des Krieges erworben wurden, sind zu erfassen, und alle in dieser Zeit ungerechtfertigten Vermögensbildungen sind zugunsten des Ausgleichsfonds einzuziehen.

Der Zustand unseres Wirtschaftslebens, die kritische Ernährungslage, sind wesentlich beeinflusst von der ungeklärten Währungslage. Der Geldumlauf müßte so vermindert werden, daß das Güterangebot einigermaßen mit der in Geldbeträgen ausgedrückten Nachfrage nach Gütern übereinstimmt und die ins Wanken geratene Preisstabilität gewährleistet ist. Das ehrlich erworbene Eigentum der Arbeiter, Handwerker, Bauern, der übrigen Werktätigen und der kleinen Sparer muß gesichert und geschützt werden.

Aber auch der schönste Finanzplan kann nicht funktionieren, wenn nicht vorher die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands geschaffen wird. Die erste Voraussetzung einer Währungsreform und des Wiederaufbaus Deutschlands überhaupt ist die Schaffung einer deutschen Zentralregierung mit den in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehenen gesamtdeutschen Verwaltungsorganen.

Die zweite wichtige Voraussetzung ist die Aufteilung des Großgrundbesitzes, nicht durch ein irreführendes Siedlungsgesetz, sondern durch eine wirklich demokratische Bodenreform, und die Beseitigung der wirtschaftlichen Macht der Konzerne des Monopolkapitals. So lange dies nicht geschehen ist, müßte folgerichtig der kleine Mann die Last allein auf seine Schulter nehmen, während dem Junker und den Konzernherren Tür und Tor geöffnet bliebe.

Nach den bitteren Erfahrungen, welche das deutsche Volk bisher mit den sogenannten „Sachverständigen“ und „unentbehrlichen Fachleuten“ gemacht hat und noch täglich macht, sind wir von größtem Mißtrauen gegen deren Pläne und Absichten erfüllt. Eine solch einschneidende Maßnahme, die an die Existenz aller Schichten unseres Volkes rührt, kann nur durchgeführt werden unter aktiver Mitwirkung der demokratischen Vertreter des Volkes selbst.

Schwerarbeiterzulage bleibt!

Antrag der KPD angenommen!

Der kommunistische Abgeordnete Paul Schreck führte im Verfassunggebenden Ausschuss folgendes aus:

„In Nordbaden hat es sich in den großen Städten Karlsruhe und Mannheim, wo die schlimmsten Zustände im ganzen Land bestehen, weil eben dort die Rheingrenze und die nördlichen Grenzen aufgerichtet sind, im Laufe der Zeit ergeben, daß den Arbeitern in den Fabriken eine Schwerarbeiterzulage gewährt wurde, damit sie ihre schwere Arbeit überhaupt leisten können.“

Diesem Fabrikarbeiter werden gegenwärtig die Schwerarbeiterkarten streitig gemacht. Durch das ganze Land, vom Taubergrund bis nach Mannheim, geht die Untersuchung, wo man etwas abzwacken kann, wo man einem Arbeitsmann das Brot schmälern kann. In unseren Betriebsräteversammlungen und in unseren Gewerkschaftsbüros erhebt sich eine Welle des Zornes gegen diejenigen, die so wenig Verständnis für die Arbeiter in den Fabriken aufbringen. Aus diesem Grund haben wir einen Antrag eingebracht, der nicht viel will, sondern nur bezweckt, daß das, was jetzt draußen den Arbeitern an Schwerarbeiterzulage gegeben wird, auch weiterhin erhalten bleibt. Sollte es nicht erhalten bleiben, dann werden wir einen Kreislauf erleben, wie ich ihn schon einmal in diesem Haus angedeutet habe. Von der Erhaltung der Ernährungsgrundlage, wie sie jetzt draußen als Mindestration gewährt ist, hängt es ab, ob die 48stündige Arbeitszeit aufrecht erhalten werden kann. Wenn die 48stündige Arbeitszeit nicht aufrecht erhalten werden kann, weil die

Karten geschmälert werden, dann wird der gesunkene Lohn, der nur für 40 Stunden gezahlt wird, zu einem Kampfobjekt werden. Dann werden wir in absehbarer Zeit in die Situation hineinkommen, daß die größten Lohnkämpfe durchgeführt werden. Ob die Besatzungsbehörde das wünscht oder nicht, kann dabei keine Rolle mehr spielen, weil dann die krasse Not an die Türen pocht.“

*

Die kommunistische Fraktion brachte folgenden Antrag ein, der einstimmig angenommen wurde:

„Die beabsichtigte Einschränkung der Schwerarbeiterzulagen in Nordbaden hat unter der Arbeiterschaft eine beträchtliche Erregung hervorgerufen.“

Die Verfassunggebende Landesversammlung wolle daher beschließen:

„Das Staatsministerium wird ersucht, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Gewährung der Zulagen im bisherigen Umfang beizubehalten.“

Durch Delegationen aus den Fabriken und durch Entschließungen, welche in Betriebsversammlungen angenommen wurden, hat die Arbeiterschaft gegen die beabsichtigte Abschaffung der Schwerarbeiterzulage protestiert. Durch den Antrag der kommunistischen Fraktion ist dieser Angriff auf die Ernährung der Arbeiterschaft abgewehrt worden. Die Schwerarbeiterzulage bleibt erhalten, und sie ist gesichert, wenn die Arbeiter im Vertrauen auf ihre eigene Kraft zusammenstehen und alle Versuche, sie auf Hungerration zu setzen, abwehren.

Ein Wort an die Frauen

Unsere Frauen haben heute eine schwere Last zu tragen. Viele Männer, die ihnen sonst die Bürden der täglichen Sorge abnehmen konnten, hat Hitlers Krieg ausgelöscht, andere sind noch nicht zurückgekehrt. So gilt es heute für viele Frauen, das Leben allein zu meistern und allein zu entscheiden.

Auch bei der Wahl. Worauf kommt es dabei an?

Das Stückchen Brot, das uns heute gerade zum Symbol der täglichen Sorge geworden ist, soll größer werden. Es wird nicht größer durch leere Versprechungen, sondern durch eine planvolle Steigerung unserer Wirtschaftskraft, durch eine demokratische Entwicklung und durch einen friedlichen Austausch mit unseren Nachbarstaaten. Nie wieder „Kanonen statt Butter“!

Die tiefe Friedenssehnsucht jeder Frau soll im Leben unseres Volkes ihren ständigen Ausdruck finden. Nie wieder Kellernächte und Bombenteppiche! Nur friedliche Arbeit führt uns heraus aus der heutigen Not, nur friedliche Arbeit kann uns den Tisch wieder voller decken, schafft uns neue Heimstätten und sichert die Zukunft unserer Kinder.

Das schwere Unrecht der ungleichen Frauenentlohnung ist in der sowjetischen Zone durch den Befehl „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ aufgehoben worden. Endlich steht die arbeitende Frau gleichberechtigt neben dem arbeitenden Mann. Diese historische Maßnahme hat für die Frau die gleiche Bedeutung wie die Bodenreform für den Bauern. Sie muß überall durchgeführt werden, auch bei uns im Westen Deutschlands.

Die Württembergisch-Badische Verfassung, in die auf Antrag der Kommunisten ein entsprechender Artikel aufgenommen wurde, bietet die Handhabe dazu. Die Kommunisten werden unermüdet dafür kämpfen, daß dieser Verfassungsartikel nicht nur auf dem Papier stehen bleiben wird.

Ein bißchen Lebensglück ist die Hoffnung jeder Frau. Sie hat ein Recht darauf. Denn nach der wirtschaftlichen muß auch die gesellschaftliche und politische Gleichstellung der Frau Wirklichkeit werden. Darum Mitarbeit der Frau in allen Zweigen des öffentlichen Lebens und in der Verwaltung. Die besten und fähigsten Frauen mit an der Spitze unserer neuen demokratischen Ordnung!

Die Frau von gestern hat sich das Wahlrecht erkämpft. Die Frau unserer Tage hat sich in der Arbeit und im Lebenskampf bewährt. Nun muß sie sich auch in der Politik bewähren, denn nur dem gehört eine bessere Zukunft, der entschlossen ist, sie besser zu gestalten.

Die KPD ist die Partei, die konsequent die Forderungen der Frau vertritt. Die KPD ist die Partei, die eine Demokratie aufbauen will, in der die Frau mit ihren Kindern ruhig in die Zukunft blicken kann.

Für eine bessere Zukunft!
Wählt KPD, Liste 4!

Was ist mit den Kartoffeln?

Abgeordneter Paul Schreck in der Landesversammlung Württemberg-Baden:

„Wenn wir aber nun sehen, daß auch bei den Kartoffeln ein Defizit von ca. 180 000 bis 250 000 Tonnen, bei Fleisch ein Defizit vorhanden ist, dann muß uns dies einigermaßen in Erstaunen setzen. Denn kein geringerer als Reichsminister a. D. Dr. Dietrich hat vor wenigen Tagen in der Öffentlichkeit erklärt, daß die Kartoffel-, Fleisch-, Fett- und Milchversorgung aus dem eigenen Land erfolgt; sie sei eigentlich nur eine Erfassungsfrage. Nun frage ich mich doch, wenn das so ist, daß die Versorgung mit Milch, Fett und Kartoffeln aus dem eigenen Land erfolgen kann und es eigentlich nur eine Erfassungsfrage ist, wo liegt da der Hund begraben? Wer hat da versagt? Wo sind die Herren, die man zur Verantwortung ziehen müßte dafür, daß die Erfassung nicht durchgeführt wurde? Wo sind die Kreise, die die Erfassung sabotieren? Der Minister Dietrich sagt weiter: „Augenblicklich sei die Erfassung dieser Nahrungsmittel ganz unbefriedigend.“ Auf dieser Tribüne haben heute die Vertreter der Bauernschaft erklärt, daß der Bauer restlos abgeliefert und seine Pflicht erfüllt habe, und wir geben den Bauern eine Dankadresse. Der Minister dagegen stellt fest, daß die Erfassung dieser Nahrungsmittel, die ich genannt habe, ganz unbefriedigend ist! Ja, meine Herren, da muß wohl etwas zwischendrin liegen, das wir auch noch erfahren

dürften, und ich glaube, man sollte darüber einmal deutlicher sprechen.“

Die „unentbehrlichen Fachkräfte“ haben schmählich versagt. Schuld an unserer Not ist, daß die Landwirtschafts- und Ernährungspolitik in den Händen von reaktionären Volksfeinden, von Reichsnährstandsleuten und unfähigen Bürokraten liegt, die den Hunger bewußt herbeiführen, um die Demokratie in Verruf zu bringen und abzuwürgen.

Wer für entschlossene Sofortmaßnahmen zur Verbesserung unserer Ernährung ist,

der wählt am 24. November

Kommunisten — Liste 4!

97% Schwarzschlachtungen!

Der kommunistische Abgeordnete Paul Schreck erklärte in der Landesversammlung Württemberg-Baden:

„Aber verheerend ist auch das, was der Minister Dietrich hinsichtlich der Fleischversorgung teilweise feststellt. Der Minister bezeichnet die immer wieder vorkommenden Schwarzschlachtungen als ein dunkles Kapitel und sagt dann, bei Schafen z. B. werden nur 1-3 Prozent der Schlachtungen gemeldet, während jeder Fachmann wisse, daß eine gesunde Mutterherde sich jährlich um 100 Prozent erneuere. Die Schafherde erneuert sich also zu 100 Prozent, bis 3 Prozent werden amtlich geschlachtet, und wo bleiben die 97 Prozent? Die 97 Prozent werden eben schwarz geschlachtet. Und da wagt man zu sagen, daß die Fleischversorgung mit allen Kräften gefördert wird. Da eine Behörde, die sich das sagen lassen muß, was Dr. Dietrich hier sagt, daß nämlich 97 Prozent der Schafe schwarz geschlachtet werden, und noch nicht die Möglichkeit hatte, da anzupacken, die soll schnell einpacken. Das ist ein unerhörtes Stückchen, das da geleistet wird. Es ist unmöglich, dauernd zu jammern und zu sagen, wir müssen Waren von Amerika bekommen, wenn man im eigenen Land nicht einmal diesen groben Unfug abstellen kann, der immer darauf hinausgeht, die Schieber zu stärken und die Geldsäcke noch dicker zu machen.“

Das Volk hungert, während Schwarzhandel und Schiebergeschäfte blühen und die Reichen im Ueberfluß leben. Soll das so bleiben? Nein!

Deshalb wählt am 24. November

Kommunisten — Liste 4!

Die Fettversorgung könnte gesichert sein!

Paul Schreck in der Landesversammlung Württemberg-Baden:

„Der Minister Dietrich stellt fest, daß die Fettversorgung aus Deutschland selbst erfolge, und daß bei 2,75 Liter Milch pro Kuh, die gegenwärtig abgeliefert werden, 300 gr Fett pro Kopf der Bevölkerung je Kartenperiode gegeben werden können. Ja, meine Herren vom Lande, ich habe in einer Rekordmeldung einmal gelesen, daß eine Milchkuh mit einer Leistung von 24 Liter Milch am Tage sehr lange ausgehalten hat. Die Milchkuh in Württemberg-Baden liefert also heute 2,75 Liter Milch am Tag. Ich kenne Geißenhäler, deren Ziegen geben auch so viel. 2,75 Liter Milch, das ist doch etwas starker Tabak! Es müssen doch allerhand Mogeleyen sein, über die man hier die Decke hält, denen man aber auf die Spur gehen muß. Minister Dietrich stellt fest, daß wir schon bei 3,6 Liter Milch 500 gr Fett pro Kopf erhalten könnten. Ich frage, ist es wirklich so schwer, die 3,6 Liter Milch herauszuholen? Soll das wirklich nur am Kraftfutter liegen? Sollte man wirklich nicht diese Milch haben? Ich glaube, das können Sie niemanden erzählen, daß ein Bauer nicht 3,6 Liter Milch von einer Kuh erzeugen könnte, damit die 500 gr Fett gesichert würden. Wenn das hier amtlich festgestellt wird, so glaube ich, ist damit genügend gesagt.“

Der Hunger kann gebannt werden. Die Kommunisten zeigen den Weg:

Gegen Hunger und Not!

Für Freiheit und Brot!

Wählt Kommunisten — Liste 4!

... um die durch den ...
ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.
Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er der Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg



Mannheim

„Richtig berichtigen!“

In unserer Nr. 18 vom 31. 8. 1946 berichteten wir, daß in einer Sitzung der Ernährungsämter Baden und Württemberg festgestellt wurde, daß in Baden und Württemberg 50 000 Lebensmittelkarten monatlich gestohlen würden.

Dieser Bericht hat den Herrn Präsidenten des Landesbezirks in Karlsruhe veranlaßt, uns zu ersuchen, eine Berichtigung zu bringen, und zwar dahingehend lautend, daß in einer württembergischen Gemeinde kürzlich größere Mengen von Lebensmittelkarten entwendet worden wären. Es würde sich also um einen einzigen in Württemberg vorgekommenen Fall drehen, in Baden seien überhaupt keine Diebstähle vorgekommen.

Wir bringen diese Berichtigung um so lieber, als es uns beweist, wie von behördlichen oberen Stellen versucht wird, der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen, zumal in der „Badischen Zeitung“ vom 2. 10. 46 seitens des Präsidenten Keidel festgestellt wurde, daß unsere Veröffentlichung falsch sei. Wie die Wahrheit aussieht, verrät uns das Protokoll, das auf der Tagung der Kreisernährungsleiter in Stuttgart am 8. 8. 1946 geführt wurde. Den Vorsitz der Tagung hatte Herr Dr. Eisenmann vom Landesernährungsamt. In diesem Protokoll heißt es wörtlich:

„In Baden und Württemberg werden monatlich 50 000 Lebensmittelkarten durch Einbruch entwendet. Die Ernährungsämter sind daher angewiesen, Kassenschränke anzuschaffen.“

Vor nicht allzulanger Zeit wurden auch in Pforzheim beträchtliche Mengen von Lebensmittelkarten gestohlen. Unseres Wissens nach liegt Pforzheim noch in Baden.

Ebenso verhält es sich mit dem „Tatsachenbericht“ des Präsidenten in Karlsruhe über die Zuteilung der Mehltypen 1950 bzw. 1050. Auch hier empfehlen wir, nochmals das Protokoll vom 8. 8. 1946 nachzulesen, worin der Beschluß gefaßt wurde, Württemberg die Typen 1050 und Baden die Typen 1950 zu geben. Nicht nur die KPD Pforzheim protestierte deshalb an den Stadtrat, sondern auch die Mitglieder der Verfassunggebenden Landesversammlung Dr. Brandenburg (DVP) und Dr. Köhler (SPD) unternahmen in Stuttgart einen Vorstoß, worauf dann für Baden die Typen 1350 genehmigt wurde. Trotzdem haben wir für die Brotherstellung nur die Typen 1950, während es für die Weißbrotmarken die geringe Menge der Typen 1050 gibt.

Vielleicht, Herr Präsident Keidel, lassen Sie uns jetzt, wie auch der „Badischen Zeitung“ in Karlsruhe, eine „richtige“ Berichtigung zugehen.

Heidelberg

Wie wir erfahren, wurden in Heidelberg durch freiwillige Sammlungen, Theatervorstellungen usw. die Mittel zusammengebracht, um die historische Karlsbrücke wieder instandzusetzen, obwohl die Friedrichsbrücke, die heute noch in Trümmer liegt, vom verkehrstechnischen Standpunkt aus weit wichtiger ist. Die weiteren Zerstörungen, die Heidelberg durch den Krieg erlitten hat, sind allerdings noch nicht behoben, zumal die an

und für sich wenigen Häuser noch genau so daliegen wie damals.

Es kann nicht vertreten werden, daß entscheidendes Baumaterial angesichts der katastrophalen Wohnungsnot für eine historische Brücke verwendet wird. Wenn man Mannheim, das nur wenige Kilometer von Heidelberg entfernt ist, als Vergleich hinzunimmt, ist dieser Widerspruch noch offensichtlicher.

Bretten

Wie uns aus Bretten berichtet wird, hat sich der Stadtpfarrer in Bretten veranlaßt gefühlt, nach dem Verlesen des bischöflichen Hirtenbriefes, in dem von Ehen mit Andersgläubigen die Rede war, zusätzliche Ausführungen zu machen. In seiner Ansprache am 28. 9. warnte der Pfarrer nicht nur die Brettener Gläubigen, sondern insbesondere die Ostflüchtlinge nicht nur vor Mischehen, sondern auch vor Bekanntschaften aus andersgläubigen Kreisen. Er ermahnte die Ostflüchtlinge, Bekanntschaften nur unter sich oder mit Brettener Katholiken zu schließen.

Wo bleibt hier der konfessionelle Friede, wo gibt es nach diesen Äußerungen Glaubens- und Gewissensfreiheit? Wie verhält sich die christliche CDU, die doch in ihren Reihen Angehörige beider Konfessionen vereinigt hat und sich rühmt, den Streit ein für allemal begraben zu haben, zu diesem Vorgang? Soll der innere Frieden sabotiert werden, nachdem das deutsche Volk noch nicht die Folgen des äußeren Friedensbruchs überwunden hat? Sind Andersgläubige Aussäzige oder Verbrecher, daß man aufgefordert wird, ihre Bekanntschaft zu vermeiden? — Wir würden diese Fragen gern beantwortet haben, schon im Namen der Mitglieder beider Konfessionen in den sozialistischen Parteien.

Blankenloch

Immer und immer wieder häufen sich die Klagen über Korruption und Schiebereien der ehemaligen Pg's. Wie wir erfahren, soll der frühere Bürgermeister Nagel, z. Zt. in Ludwigsburg inhaftiert, zugunsten seines alten Kämpfers Schmidt, Pg. seit 1923, sowie eines gewissen Lehmann, ebenfalls Pg. seit 1923, über Backsteine und anderes Material verfügt haben, das zum Aufbau von Wohnungen von Antifaschisten bestimmt war. Eigenartigerweise will der jetzige Bürgermeister nicht wissen, von wem diese Pg's die Genehmigung zum Bauen haben und von welcher Stelle sie das Material zugewiesen bekamen.

Liedolsheim

In unserer Nr. 17 vom 24. 8. 1946 brachten wir eine Notiz, wonach der Bürgermeister Barth aus Huttenheim anlässlich der Ankündigung von Flüchtlingen in der am 10. 8. 1946 im Rathaus zu Huttenheim stattgefundenen Bürgerversammlung sich äußerte, daß es ihm ginge wie dem Bürgermeister von Liedolsheim, der gesagt habe, es sei ihm lieber, „wenn Jabos gemeldet würden als Flüchtlinge“. Aus zahlreichen Zuschriften stellen wir nun gerne fest, daß diese Äußerung, wie wir es ja auch ausdrücklich betont haben, seitens des Bürgermeisters von Huttenheim fiel, der sich, ob nun zu Recht oder Unrecht, auf seinen Kollegen in Liedolsheim bezog. Wenn der Bürgermeister von Liedolsheim Wert darauf legt, festgestellt zu wissen, daß er diese Äußerung nicht getan hat, so können wir dies um so eher begrüßen, als eben dann sein Kollege in Huttenheim sich sehr leichtfertig auf den angeblich unschuldigen Bürgermeister in Liedolsheim bezog.

Blitzlichter aus den Spruchkammersitzungen

Viele Deutsche, die vorgestern noch begeisterte oder geschäftstüchtige Anhänger nationalsozialistischer „Weltbeglückungspolitik“ waren, begehen heute den verhängnisvollen Fehler, Andere für den Krieg und dessen Ausgang haftbar zu machen. Hitler, seine Kumpane und die Partei sind an allem schuld, sie selbst hatten schon immer innerlich sich ablehnend verhalten. Diese Menschen, welche sich heute als unschuldige Opfer eines Hitler vorkommen, vergessen, daß sie erst die Voraussetzung für die Macht eines Hitler schufen, daß ohne sie Hitler garnicht möglich gewesen wäre, und daß sie selbst maßgebliche und sehr gefährliche hitlerische Bestandteile in sich trugen und vielfach noch tragen.

Wir haben schon immer den Standpunkt verfolgt, daß man sich nicht zersplittern soll in der Erfassung der Kleinen, sondern daß man gründlich und energisch bei den Großen zupacken soll. Wir haben auch erwartet, daß gerade bei uns in der amerikanischen Zone die Spruchkammern, völlig frei von nazistischen Einflüssen, ihre Urteilsprüche gegen die wirklich Belasteten mit Gerechtigkeit, aber auch mit der nötigen Strenge fällen werden. Aber nicht nur von den Spruchkammern erwartet man ein solches Vorgehen, sondern man rechnet auch damit, daß alle Instanzen und Personen, die mit der Sache betraut sind, vollkommen unvoreingenommen zur Aburteilung beitragen.

Daß die belasteten Pg's weder Zeit noch Gelder scheuen, möglichst viele Entlastungszeugen aufzutreiben, manchmal bis zu 20 und 30, ist eine allgemein bekannte Tatsache. Woher sie allerdings die viele Zeit und trotz der Vermögenssperre die Gelder haben, ist bis heute in ein mysteriöses Dunkel gehüllt. Daß die Sitzungssäle der Spruchkammern fast ausschließlich von ehemaligen Pg's besetzt sind, die schmunzelnd hier kostenlosen Unterricht in verborgenen Gesetzeshintertürchen genießen, ist nur insoweit von Interesse, als immer noch ersichtlich ist, daß der wirklich Unbelastete gar keine Zeit hat, Stunden und aber Stunden sich in den Gerichtssälen herumzudrücken. Wenn aber Verteidiger sich mit allen Mitteln und Schlichen bemühen, aus den wirklichen Belastungszeugen, sogar aus Denunzierten und politisch Verfolgten unglaubwürdige Subjekte zu formen, sich weiter als Verfechter der „Pg-Märtyrer“ mit der Gloriole eines Volksredners hervortun, so hat dies mit „Verteidigung“ nichts mehr zu tun. Wer sich an die traurige Hitler-Ära zurückerinnert, wird noch des Umstandes eingedenk sein, daß ein politisch Andersdenkender, den man vor die Schranken eines skrupellosen Gerichts des Reiches zerrte, die größte Mühe hatte, überhaupt einen Anwalt zu erhalten. Anscheinend haben dies manche Verteidiger vergessen. Ebenso würdelos dürfte es sein, wenn eine Mandantin, die nachweisbar eine im Hitlergeist fanatisch tätige Frauenschaftlerin war, heute vom Verteidiger als „Fürsorge dame“ herausgestrichen wird. Wo bleibt in allen diesen Fällen das Eingreifen des Vorsitzenden, der auch den Herrn Verteidiger in die Wirklichkeit zurückweist?

Wir verstehen, daß der Anwalt versucht, seinen Klienten weiß zu waschen, es muß aber in Formen gesehen, die erkennen lassen, daß immerhin der Angeschuldigte oder Betroffene, wie der Fachausdruck lautet, derart belastet ist, daß man ihn in öffentlicher Sitzung zur Rechenschaft ziehen muß, ganz gleich, ob er nun schwerer oder minder belastet ist; belastet ist er auf alle Fälle. Vielleicht liest man zur Gedächtnisstützung einmal alte Zeitungen nach, und man wird Namen und Vorkommnisse finden, an die man sich heute nur noch mit Grauen erinnert.

Wir suchen Genossinnen und Genossen für kulturpolitische Veranstaltungen, wie Rezitatoren, Musiker, Sänger, Laienspieler usw.

Meldet Euch bei der Abteilung Kultur und Erziehung bei der Landesbezirksleitung Baden, Mannheim, S 3, 10.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD Mannheim. S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Telefon 432 60, Mannheim, S 3, 10 | Auflage 50 000 | Druck: Gebrüder Diesbach, Weinheim/Bergstr., Friedrichstr. 24 | Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Fr. 10. 4. 46.